

Die schlimmste Sucht heißt Steuersucht

Natürlich können Rauchen, Essen und Trinken süchtig machen („Sucht“, von engl. sick = krank).

Ständiges Steuererhöhen macht auch süchtig. Unsere Regierung ist steuersüchtig. Und wie bei jeder Sucht ist auch bei ihr der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert: Nie wieder. Das war das letzte Mal.

Am Donnerstag noch sollte die Erhöhung der Tabaksteuer das Sterbegeld finanzieren. Einen Tag später war das Sterbegeld ganz entfallen. Noch am Freitagvormittag warnte Finanzminister Eichel vor den Konsequenzen für den

Zigaretten-Schwarzhandel, der in den Startlöchern sitzt (FAZ: „Nachschub für die vietnamesische Sache“). Schließlich ist die Tabaksteuer heute nach der Mineralölsteuer für den Finanzminister die ertragreichste Verbrauchssteuer (12 Milliarden Euro jährlich). Die letzte Tabaksteuer-Erhöpfung – zum 1. Januar 2003 – betrug zweimal 1 Cent pro Zigarette.

Die Erhöhung um 1 Euro pro Schachtel ist also beispiellos. Auch in der Schweiz wird über eine Erhöhung der Tabaksteuer diskutiert. Aber um 30 Rappen. Und im Nachbarland Polen kostet eine Schachtel Zigaretten 80 Cent.

Von wegen „Volksgesundheit“! Wer – wie Rot-Grün – immer mehr auf die Tabaksteuer

er setzt, um den staatlichen Opferstock wieder voll zu machen, muss wollen, dass immer mehr Bürger Zigaretten kaufen. Will das die Gesundheitspolitik? Logisch ist auch das nicht.

Mit dem Tabak ist es wie mit dem Hopfen, der Weintraube und dem Schweinsbraten: Alles ist ein Heilmittel, nur die Dosis macht das Gift! Das gilt aber auch für den Staat und seinen unersättlichen Appetit. Der als nächstes – wider aller Vorsätze – schon nach höherer Mehrwertsteuer giert.



Mein Herz schlägt auf dem rechten Fleck

Von Peter Gauweiler

Rasen für die Rente, Rauchen für die Mütter?

Denken für Deutschland

Hans Eichel muss jetzt seine Finanzpolitik aufgeben. Sie ist gescheitert. Nun fordert man seinen Rücktritt. Ginge es fair zu, dann müssten auch die Merkels, Stoibers und Westerwelles das Handtuch werfen. Sie glauben ebenfalls, niedrige Unternehmenssteuern, niedrige Löhne, niedrige Sozialleistungen und staatliches

Sparen führten zu einer blühenden Wirtschaft. Vor der Bundestagswahl versprach der Chor der

Mein Herz schlägt links

Von Oskar Lafontaine

Wahlbetrug? Heute kennen viele Politiker zwar die Einschaltquoten der Fernsehsendungen, aber nicht mehr die Quoten der Steuern und Sozialabgaben.

Die deutsche Steuerquote ist derzeit vier Punkte niedriger als vor einigen Jahren. 80 Milliarden Euro fehlen daher jährlich in der Staatskasse. Wenn man die Sozialabgaben dazu nimmt, geben wir, gemessen an unserer Wirtschaftskraft, für Gemeinschaftsaufgaben weniger aus als Großbritannien, Ungarn oder Tschechien. Weil die Konjunktur lehrbuchmäßig abgewürgt wurde, dürfen wir jetzt keine Steuern erhöhen.

Nur ein großes Infrastrukturprogramm lässt den Wirtschaftsmotor wieder anspringen. Danach brauchen wir die

Totalreform des Sozialstaates. Alle, die Einkommen haben, müssen zahlen. Auch über Verbrauchs- und Vermögenssteuern. Weil die Sozialversicherung allein die Lohneinkommen, und diese nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze, heranzieht, zahlen ausgerechnet die Reichen nichts.

Und dennoch bezahlen wir die deutsche Einheit – 75 Milliarden Euro pro Jahr – überwiegend aus den Sozialkassen. Ein Skandal! Nicht Polemik – Rasen für die Rente, Rauchen für die Mütter – ist angesagt, sondern Denken und Rechnen für Deutschland.